

Koalitionsvereinbarung

Eine Steilvorlage für die Anti-Atom-Bewegung

Vor der Bundestagswahl galt eine schwarz-gelbe Mehrheit als Schreckensszenario für viele AtomkraftgegnerInnen. Jetzt ist die Regierung aus Union und FDP Realität geworden, aber der Streit um die Atomenergie ist deshalb noch längst nicht verloren.

Das zeigt sich schon in der Koalitionsvereinbarung: Da wurde beschlossen, in Sachen Atomenergie erstmal nichts zu beschließen. Es gibt keine Festlegung, welche AKW wie lange laufen sollen. Es gibt keine Aussage darüber, welche Sicherheitsstandards zukünftig für Atomkraftwerke gelten sollen. Selbst die gebetsmühlenartig wiederholte Absicht, etwaige Zusatzgewinne aus Laufzeitverlängerungen abzuschöpfen, wird nicht näher erläutert.

Angela Merkel zaudert, weil sie weiß, dass sie in der Atompolitik eine gesellschaftliche Mehrheit gegen sich hat. Sie versucht den Druck durch Offenhalten aller wesentlichen Fragen abzumildern. Ihr Kalkül ist es, damit am Ende selbst die ältesten AKW am Netz zu halten. Doch sie erreicht damit genau das Gegenteil.

Für Atomkraftgegner ist dieser Koalitionsvertrag ein erster Erfolg und eine riesige Chance. Denn je länger konkrete Beschlüsse in der Atompolitik auf sich warten lassen, umso mehr Zeit bleibt, den Widerstand gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu organisieren. Union und FDP sind unsicher und uneinig, wie viele Reaktoren stillgelegt werden müssen, um den politischen Druck der Bevölkerung zu mindern. Aber so lange alles im Fluss ist, lohnt sich jede Einmischung. Also wird der Druck weiter zunehmen. So gesehen ist die Koalitionsvereinba-

rung eine Steilvorlage für die Anti-AKW-Bewegung.

50.000 Menschen haben am 5. September in Berlin gegen Atomenergie demonstriert. Sichtbar wurde ein neues Bündnis zwischen Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und der Branche der Erneuerbaren Energien. Es war die größte Demonstration zum Thema seit dem Tschernobyl-Jahr 1986. Doch der 5.9. war erst der Anfang. In

den nächsten Monaten wird sich die Auseinandersetzung weiter zuspitzen.

Die neue Anti-AKW-Bewegung kann ihre Stärke nur dann voll ausspielen, wenn sie auch in der Fläche verankert ist. Zeit also auch für KommunalpolitikerInnen, neben dem Engagement in Räten und Verwaltungen auch mal wieder auf die Kraft des Protests zu setzen – mit Information der Bevölkerung vor Ort, gemeinsamen Reisen zu den nächsten Großdemonstrationen, Boykott der Atomstromkonzerne durch Privathaushalte, Betriebe und Kommunen. „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ war in den 80er Jahren ein beliebter Slogan. Er gilt heute mehr denn je.



Jochen Stay

Foto: ausgestrahlt.de

Jochen Stay

➔ Jochen Stay lebt im Wendland und ist Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Seine politische Arbeit wird von einem offenen Freundeskreis unterstützt, der gerne noch wachsen kann. www.bewegungsarbeiter.de